



4. Bürgerbegehren „Leistungsrueckbau-S21.de“

Hannes Rockenbauch, SÖS LINKE PluS

Gemeinderat, Rathaus Stuttgart, 08.12.2016

02.07.2015, Prof. Kirchberg im Gemeinderat

1. Eine **Leistungsfähigkeit**, umschrieben mit **32 Zügen pro Höchstbelastungsstunde**, ist von vornherein Gegenstand der Planfeststellung gewesen, hat ihr also zugrunde gelegen, und ist auch vom **Verwaltungsgerichtshof** in den Verfahren, die unmittelbar gegen den Planfeststellungsbeschluss gerichtet wurden, **wiederholt bestätigt** worden.

Prof. Kirchberg am 02.07.2015, Protokoll Gemeinderat Stuttgart

Kapazität 32! – Kein Rückbau ggü. 38 Zügen im Kopfbahnhof?
Ist denn nicht $32 < 38$?

1. Kirchberg-Gutachten, Fehlbewertungen

- a) **Leistungsrückbau sei objektiv nicht gegeben!** – Falsch!
Fehlbewertungen durch Kirchberg zu sämtlichen Kernaussagen der Begründung!
- b) **Kapazität: 32 Züge/h!** – Aber dennoch kein Rückbau?
- c) **Begründung des BB sei unzureichend.** – Sie erfüllt aber die Anforderungen des VGH (21.04.2015, 2. BB, Az 1 S 1949/13)
- d) **Verfristung (6 Wochen)** – Prof. Martin hatte seine 51 Züge (VGH 2006) unmittelbar vor dem Start des BB zurückgenommen (St.Z. 18.10.2013) und auch die Stadt entkräftet die Verfristung in ihrer Beschlussvorlage

2. Kirchberg-Gutachten, keine Zuschüsse zulässig!

rechtigt gewesen, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Die Leistungsfähigkeit des neuen, tiefer gelegten Hauptbahnhofs war und ist demnach bereits aus kompetentiellen bzw. verfassungsrechtlichen Gründen (Art. 104 a Abs. 1 GG) nicht Gegenstand gemeindlicher Zuständigkeiten bzw. des Wirkungskreises der LHS Stuttgart; und speziell dafür wurden auch »keine Zuschüsse vereinbart« bzw. hätten keine Zuschüsse vereinbart werden dürfen.

2. Kirchberg-Gutachten, 06.04.2016, S. 5

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Durchführung und Finanzierung von Planung und Bau des Projektes. Die Vertragsparteien sind sich einig, dass das Projekt als Teil des Gesamtprojektes zum Zwecke der Verbesserung des Verkehrsangebotes realisiert werden soll.

Finanzierungsvertrag, 30.03.2009, S. 8, § 3 (1)

2. Kirchberg-Gutachten: Wirkungskreis der Gemeinde

Das Bürgerbegehren betrifft auch eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde im Sinne von § 21 Abs. 3 S. 1 GemO. Denn die im Vordergrund des Bürgerbegehrens stehende finanzielle Beteiligung der LHS Stuttgart an dem Projekt „Stuttgart 21“, wie sie sich aus der Finanzierungsvereinbarung vom 02.04.2009 und aus den ihr vorangehenden Projektverträgen ergeben, betreffen die kommunale Finanzhoheit der LHS Stuttgart und damit den gemeindlichen Wirkungskreis (so ausdrücklich auch der VGH Baden-Württemberg in seinem Urteil vom 20. 4. 2015, Urteilsabdruck Seite 22 f.).

1. Kirchberg-Gutachten, 24.06.2015, S. 4

f a) Das Bürgerbegehren betrifft von vornherein nicht, wie das § 21 Abs. 1 GemO voraussetzt, „eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde“.

(1) Zwar ist der Gemeinderat bei seiner Entscheidung vom 02.07.2015, das Bürgerbegehren für unzulässig zu erklären, noch davon ausgegangen, dass sich dieses auf

2. Kirchberg-Gutachten, 06.04.2016, S. 3

Neue Begründung zum Wirkungskreis falsch

Bürgerbegehren "Eigener Wirkungskreis", Unser Zeichen: 28/be - 1413/16

Die Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Kirchberg zur Frage, ob das Bürgerbegehren eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Stadt Stuttgart betrifft, sind nicht nachvollziehbar und unzutreffend. Das Bürgerbegehren bezieht sich auf eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Stadt Stuttgart.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Mohr
Rechtsanwalt
Partner

LABBÉ & PARTNER mbB
Rechtsanwälte · Steuerberater

Partnerschaftsgesellschaft mbB
Sitz München - AG München PR 861

Theatinerstraße 33
D-80333 München

Tel.: +49 89 29058-128
Fax: +49 89 29058-209
Internet: www.rae-labbe.de

*Weitere Informationen aus dieser
anwaltlichen Beratung:*

- ***Kirchbergs alte Begründung trifft exakt zu.***
- ***Vergleichbarer Fall:
Dritte Startbahn Flughafen München***

2. Kirchberg-Gutachten, Fehlbewertungen

- a) **Kirchberg soll „Widerspruchsbegründung prüfen“**
– Er übergeht jedoch die Kritik: Zu Leistungsrückbau, Verfristung und Begründung nur Verweis auf alte Texte.
- b) **Für Kündigung nach § 60 VwVfG fehlen neue Tatsachen**
– aber Kündigung ist auch möglich bei Irrtum
- c) **180° Kehrtwende bei Wirkungskreis** – Neubewertung ist falsch (laut RAe Labbé & Partner München, siehe auch 3. Startbahn Flughafen München), andernfalls:
- d) **Zuschüsse hätten nicht vereinbart werden dürfen!**
→ D.h. Finanzierungsvertrag wäre nichtig!

26.10.2016: Leistungsfähigkeit von Stuttgart 21

Kritiker

Züge/h: Kapazität 32 < Bedarf 38

VGH 07.2014

Fahrplan 1996, 2001

Stresstest: 49 Züge, regelwidrig

laut DB 05.2012

Zulaufgleise Kopfbhf./S21: 11:8

Kopfbahnhof und S21 mit Abstellverkehr

Höhere Einfahrtgeschw.: kaum Leistung

Durchrutschwege, Bremsverzög., Doppelbel.

Projektumsetzer

Züge/h: Kapazität 32 > Bedarf 38

VGH 07.2014

Fahrplan 1996, 2001

Stresstest: 49 Züge, regelkonform

laut DB 10.2011

Zulaufgleise Kopfbhf./S21: 5:8

Kopfbahnhof ohne, S21 mit Abstellverkehr

Höhere Einfahrtgeschw.: mehr Leistung

unbelegte Behauptung

Stresstest: Fehler eingestanden, rechtlich irrelevant

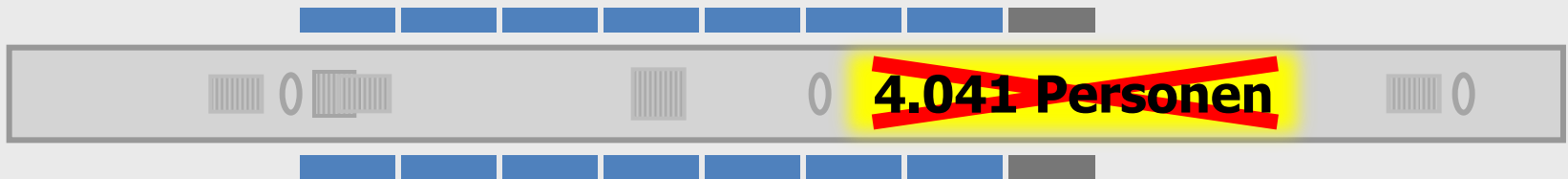
- **DB Netz**, Protokoll Besprechung mit MVI vom **14.03.2012**, Antworten auf Fragen des Landes, ca. **24.05.2012: Fehler eingestanden!**

- *Gekappte Verspätungen z.B. von 11 Min. auf 5 Min.*
- *S-Bahn Pünktlichkeit 94 % statt 80 % aus der Praxis*
- *Bei verspäteten Zügen wird das Wetter schön!*
- *Haltezeiten zu kurz*
- *etc. pp.*

- **DB brach darauf hin die Diskussion ab**, MVI bestand nicht auf Klärung!
 - **Auch bei PFA 1.3 Fragen nicht beantwortet**, RP ließ das durchgehen!
 - **Der Stresstest-Belegungsgrad ist laut den Bahn-Gutachtern unfahrbar!**
- **Der Stresstest ist erst dann juristisch relevant, wenn er in die Planfeststellung aufgenommen wurde!**

S21-Ausschuss: Brandschutz & Leistung (Bahnsteig)

Bahnsteigbelegung bei 32 Zügen / h (Planfeststellung)



Bahnsteigbelegung bei 49 Zügen / h (Stresstest)



Doppelbelegungen: + 70 % zu evakuieren

→ Entweder fehlt der Brandschutz oder die Leistung!

S21-Ausschuss: Brandschutz & Leistung (Tunnel)

Stresstest: Bis zu 3 Züge im Fildertunnel

**Ein brennender Zug soll aber
in den Bahnhof rollen!**



→ nicht mehr
als 1 Zug pro Tunnelröhre

→ nicht mehr
als 30 Züge / h im Tiefbahnhof!

→ Entweder fehlt der Brandschutz oder die Leistung!

Kritik am Verfahren zum 4. Bürgerbegehren

- **Kein Rederecht:** 2015 Ablehnung der Zulässigkeit ohne Rederecht, nun neue Begründung zur Zulässigkeit (Wirk.kr) und kein Rederecht!
- **Keine Gutachter:** Erst verlangte der GR echte Gutachter zum Brandschutz – dann wurden Dr. Grewolls, Dr. Vieregge abgelehnt!
- **Verzögerung:** Abhilfeprüfung inzw. 15 Monate nach Widerspruch!
- **Show-Verfahren:** „Faktencheck“ von SPD/Grüne, nach Monaten nur Show-Konzept (vom 4. BB abgelehnt). S21-Ausschuss ebenso:
- **Gebrochene Zusagen:** Kuhn: „Fragen klären!“ → Keine echte Diskussion, sogar Maulkorb! Kuhn: „Belastbare Informationen“ → Widersprüche bleiben bestehen!
- **Fehler im Rechtsamt:** § 60 VwVfG unvollständig betrachtet, UIG-Akteneinsicht auf Ergebnisse beschränkt (!), einseitige und unvollständige Information des Gutachters, Kirchberg prüft sich selbst, ... → spezieller S21-Jurist beim OB nötig!